

## Wirtschaftskrise

# Wie kommen wir da wieder raus?

Mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahren treffen sich diese Woche knapp 1.000 Ökonomen in Regensburg zu einer Tagung. Was sie wissen – und was nicht.

Von **Mark Schieritz**

Aktualisiert am 29. September 2023, 14:29 Uhr ⓘ / [42 Kommentare](#) /

AUS DER ZEIT NR. 41/2023



Den "Verein für Socialpolitik" gibt es schon seit 1873. Die diesjährige Tagung findet in den Gebäuden der Universität Regensburg statt.

© Sebastian Lock für DIE ZEIT

Wenn ein Mensch krank ist, kommt ein Arzt. Aber wer kommt, wenn es einem Land nicht so gut geht? Sie zum Beispiel: Monika Schnitzer, Dr. Monika Schnitzer, Professorin für Komparative Wirtschaftsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Oder er: Jens Südekum, Doktor Jens Südekum, Professor für Internationale Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Die deutsche Wirtschaft wächst nicht mehr. Das ist ein Problem, denn weniger Wachstum bedeutet: weniger Arbeitsplätze, weniger Lohn, weniger Geld für Straßen, Schulen oder Solarzellen. "Ist Deutschland wieder der kranke Mann Europas?", fragte kürzlich der britische *Economist*. Für die *New York Times* gerät das "sozioökonomische Modell" des

Landes an seine Grenzen, und *Le Monde* aus Paris kritisierte die fehlende "Wettbewerbsfähigkeit" der deutschen Unternehmen. Aus Paris! Es könnte sein, dass demnächst die Italiener den Deutschen erklären wollen, wie man Autos baut.



Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 41/2023. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

[<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2023/41>]

Leute wie Schnitzer oder Südekum sind gerade sehr gefragt. Sie werden in Talkshows eingeladen, halten Vorträge im Kanzleramt und schreiben Gutachten für Ministerien. In Deutschland, Österreich und der Schweiz leben knapp 4000 Ökonomeninnen und Ökonomen, sie haben sich in einem Verein zusammengeschlossen, dem Verein für Socialpolitik. Es gibt ihn seit 1873, deshalb auch das "c", er überlebte den Ersten Weltkrieg und die Hyperinflation, als die Nazis an die Macht kamen, löste er sich auf, um der Gleichschaltung zu entgehen, nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er neu gegründet. Seither wird einmal im Jahr eine große Tagung ausgerichtet, die Jahrestagung 2023 findet in dieser Woche an der Universität Regensburg statt.

**»Wir haben in Wohlfühlprojekte investiert und Geld nicht für wichtige strukturelle Anpassungen ausgegeben. Ein Problem ist vor allem die mangelnde Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Das hält die ganze Volkswirtschaft auf.«**

—Moritz Kuhn, Universität Mannheim

Eine Stadt voller Wirtschaftswissenschaftler mitten in einer Wirtschaftskrise, das ist ein erkenntnistheoretischer Glückstreffer. Wie ein Virologenkongress auf dem Höhepunkt einer Pandemie. In Regensburg sollte sich eigentlich in Erfahrung bringen lassen, was geschehen muss, damit es der deutschen Wirtschaft wieder besser geht.

**»Wir müssen die Binnennachfrage über ein kreditfinanziertes Programm für den sozialen Wohnungsbau stimulieren. Um Investitionen in erneuerbare Technologien und Mikrochips zu fördern, sollten die gleichen Subventionen wie in den USA gezahlt werden.«**

—Peter Bofinger, Julius-Maximilians- Universität Würzburg

Eine wissenschaftliche Konferenz funktioniert ein bisschen wie ein Supermarkt. Die Teilnehmer stellen ihre Forschungsarbeiten vor, man kann einfach hingehen, wenn man

sich für ein Thema interessiert. Im Hörsaal H3, einem fensterlosen Raum im Keller des Universitätsgebäudes, steht Katia Gallegos Torres von der Universität Innsbruck hinter einem Pult. Sie hat eine PowerPoint-Präsentation mitgebracht, die sie mit einem Beamer an die Wand wirft. 15 Leute sind gekommen, sie sitzen auf Holzbänken und machen sich Notizen. Die Leitfrage des Vortrags: Nehmen Flüchtlinge den einheimischen Arbeitnehmern die Jobs weg? Eine einfache Frage, mit weitreichenden politischen Konsequenzen. Ökonomen lieben solche Fragen.

*Eine wissenschaftliche Konferenz funktioniert ein bisschen wie ein Supermarkt: Die Teilnehmer stellen ihre Forschungsarbeiten vor, man kann einfach hingehen, wenn man sich für ein Thema interessiert – oder eben auch mal eine Pause machen. © Sebastian Lock für DIE ZEIT*

Gallegos Torres hat deshalb untersucht, wie sich die Beschäftigung der heimischen Bevölkerung nach der Flüchtlingskrise 2015 entwickelt hat. Ergebnis: Sie ist gestiegen. Es sind also keine Jobs vernichtet, sondern neue geschaffen worden. Eine mögliche Erklärung: Wenn Flüchtlinge arbeiten, dann haben sie oft Jobs, für die es keine einheimischen Bewerber gibt. Und wenn sie nicht arbeiten, müssen sie untergebracht und versorgt werden, damit haben Anwälte, Sozialarbeiter oder Großküchen mehr zu tun.

**»Es ist dringend notwendig, die Rentenversicherung zu reformieren. Wir müssen auch die frühkindliche Bildung verbessern. Das bringt mehr Chancengerechtigkeit für die kommende Generation und führt dazu, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen aufgrund guter Betreuungsangebote steigt.«**

— Veronika Grimm, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Was Gallegos Torres ausgerechnet hat, klingt nicht besonders kompliziert, Arbeitsplätze zählen geht schnell. Man muss aber sicherstellen, dass die zusätzlichen Jobs wirklich als Folge der gestiegenen Zuwanderung und nicht aus anderen Gründen entstanden sind, zum Beispiel weil sich die wirtschaftliche Lage verbessert hat. Dafür gibt es aufwendige statistische Verfahren. Zahlen können ziemlich widerspenstig sein.

Das Papier ist 56 Seiten lang, für ihre Präsentation hat Gallegos Torres 15 Minuten. Sie schafft es in 20 Minuten, beantwortet drei Fragen, Applaus, dann kommt schon der nächste Vortrag.

**»Deutschland steht vor einem Strukturwandel, weg von einer energieintensiven Produktion, hin zu Hochtechnologieprodukten, die international mit hohen Gewinnspannen verkauft werden können. Die Politik muss diesen Prozess begleiten, durch die Förderung von Forschung und Innovation und durch Unterstützung von Umschulungen für Arbeitskräfte, die ihre Beschäftigung wechseln. Es wäre aber falsch, die Energiepreise zu subventionieren, damit einige Unternehmen ihr bisheriges Geschäftsmodell beibehalten können. Das ginge zulasten der Firmen, die sich bereits an den notwendigen Wandel anpassen.«**

—Monika Schnitzer, Ludwig-Maximilians- Universität München

Als der Verein für Socialpolitik sich gründete, wurde noch nicht so viel gerechnet wie heute. Man hatte seine Überzeugungen. Gustav Schmoller – Vorsitzender von 1890 bis 1917 – wollte "auf der Grundlage der bestehenden Ordnung die unteren Klassen so weit heben, bilden und versöhnen, dass sie in Harmonie und Frieden sich in den Organismus einfügen". Wenn man so etwas heute in ein Forschungspapier schriebe, würde man zu keiner Konferenz eingeladen werden. Zu viel Weltanschauung. Ein Rechenergebnis dagegen hängt nicht von politischen Einstellungen oder anderen Umständen ab. Die Wurzel aus neun ist drei. Egal wer gerade regiert. Deshalb rechnen Ökonomen so gern. Während der Corona-Krise haben sie ausgerechnet, wie viel Geld der Staat ausgeben muss, damit die Wirtschaft nicht einbricht. Die Regierung hat sich daran gehalten, und tatsächlich ging es nach dem Ende der Pandemie schnell wieder aufwärts.

**»Das wichtigste Element für eine erfolgreiche Transformation ist ein hohes Maß an sozialer Akzeptanz der Menschen. Diese fehlt, da die Politik die Sozialsysteme schwächt und die Sorgen und Ängste der Menschen nicht ernst genug nimmt.«**

—*Marcel Fratzscher, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin*

Man kann aber nicht immer alles ausrechnen. Beispiel Mindestlohn. Er liegt im Moment bei 12 Euro. Warum nicht 15 Euro? Oder 20? Dann hätten Geringverdiener mehr Geld, wogegen eigentlich niemand etwas haben kann. Allerdings hätten die Arbeitgeber dann weniger Geld (weil sie ja mehr Lohn bezahlen müssen). Und wenn ein Unternehmen nicht mehr genug Geld verdient, muss es irgendwann Leute entlassen. Einerseits. Andererseits leisten Arbeitnehmer vielleicht mehr, wenn sie besser bezahlt werden. Das wäre dann wieder gut für die Arbeitgeber und die Gewinne. Also was jetzt?

**»Wir müssen dringend das Energieangebot erweitern, durch den Ausbau von Stromleitungen, eine stärkere Integration des europäischen Energiemarkts, den Ausbau erneuerbarer Energien, die Förderung von Schiefergas und die Nutzung der Kernkraft.«**

—*Clemens Fuest, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München*

## **Es kommt immer wieder vor, dass sich Ökonomen verrechnen**

Es heißt, der britische Physiker Isaac Newton habe das Prinzip der Schwerkraft erkannt, als er in seinem Garten saß und grübelte. Ein Apfel fiel vom Baum, und Newton kam darauf, dass es eine Kraft geben muss, die ihn zur Erde zieht. Sonst würde er in den Himmel steigen. Menschen sind aber komplizierter als Äpfel. Ihr Verhalten lässt sich nicht immer vorausberechnen. Vielleicht strengt sich ein Arbeitnehmer tatsächlich mehr an, wenn sein Lohn steigt. Vielleicht aber auch nicht. Deshalb sind die Gesetze der Ökonomie nicht so exakt wie die Gesetze der Physik.

Es kommt immer wieder vor, dass sich Ökonomen verrechnen. Als der Mindestlohn im Jahr 2015 von der großen Koalition eingeführt wurde, warnten Wirtschaftsforscher, dass wegen der steigenden Kosten für die Unternehmen 900.000 Arbeitsplätze wegfallen könnten. Die Beschäftigung ist aber seither gestiegen. Der amerikanische Wirtschaftsprofessor Kenneth Rogoff hat vor ein paar Jahren ausgerechnet, dass die Wirtschaftsleistung einbricht, wenn die Staatsschuldenquote eines Landes über den Wert von 90 Prozent der Wirtschaftsleistung steigt. Es gibt aber Länder mit sehr viel höheren Schulden, deren Wirtschaft nicht eingebrochen ist.

**»Wir haben einen gesamtwirtschaftlichen Investitionsbedarf von weit über einer Billion Euro bis 2030 in den Bereichen Digitalisierung und**

## **Dekarbonisierung. Auf den Staat entfallen zusätzliche Investitionen von rund 100 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist nicht zu stemmen, wenn man sich dogmatisch an die Schuldenbremse klammert.«**

—Jens Südekum, Heinrich-Heine- Universität Düsseldorf

In Regensburg werden in dieser Woche 420 Forschungspapiere vorgestellt. Rainald Borck von der Universität Potsdam hat sich angeschaut, ob Homeoffice gut oder schlecht für die Umwelt ist (gut), Johannes Strobel von der Bundesbank hat untersucht, ob die Digitalisierung die Produktivität erhöht (ja). **Rene Wiesinger aus Linz hat ausgerechnet, wie sich der Tod der Eltern auf die Fruchtbarkeit von Töchtern auswirkt (negativ)**

*Auch die Bundesbank und das Bundesfinanzministerium haben einen Stand aufgebaut. © Sebastian Lock für DIE ZEIT*

Überhaupt geht es in vielen Vorträgen um eher grundsätzliche Fragen, was auch damit zu tun hat, dass Wirtschaftswissenschaftler einen anderen Zeithorizont haben als Wirtschaftspolitiker. Wenn man an einer Universität Karriere machen will, zählen nicht Fernsehauftritte. Es zählt, ob man seine Papiere in internationalen Fachzeitschriften platzieren kann.

Diese Zeitschriften werden von Professoren herausgegeben, die sich alle Texte genau anschauen. Sehr genau. Jens Südekum erzählt, er habe einmal einen Aufsatz im *Quarterly Journal of Economics* veröffentlicht, gewissermaßen die *New York Times* der ökonomischen Fachzeitschriften. Er hatte gezeigt, dass große Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen produktiver sind als kleine. Der Staat könnte also theoretisch den allgemeinen Wohlstand erhöhen, wenn er kleine Firmen zwangsfusioniert. In der Praxis

wäre das alles nicht so einfach, schon weil Firmen ja jemandem gehören. Mathe ist manchmal eben auch ein bisschen weltfremd. Es hat fast sechs Jahre gedauert, bis der Artikel erschienen ist.

**»Ich würde eine Föderalismusreform machen, die den Zustand der organisierten Verantwortungslosigkeit aufhebt. Viele Wachstumsthemen scheitern an den Ländern – von der Bildung über die Digitalisierung bis hin zur Klimatransformation.«**

—Rüdiger Bachmann, University of Notre Dame, Indiana, USA

Überhaupt ist das mit der Praxis so eine Sache. Den Mindestlohn gibt es, weil die SPD etwas gegen die Ungleichheit tun wollte. Es ist aber nicht so klar, inwieweit Ungleichheit eigentlich aus ökonomischer Sicht ein Problem ist. Es gibt sehr viele Studien dazu, die Ergebnisse sind jedoch nicht eindeutig. Weil Spitzenlöhne zwar zu Spitzenleistungen motivieren können (was dafür spricht, Ungleichheit zuzulassen), aber möglicherweise Ressourcen nicht optimal genutzt werden, wenn sich nur Leute mit viel Geld gute Schulen leisten können (was dafür spricht, etwas gegen Ungleichheit zu tun).

Oder anders gesagt: Ein Land, in dem einer alles hat, ist wahrscheinlich auf Dauer nicht sehr erfolgreich. Genauso wenig wie ein Land, in dem alle gleich viel haben. Dazwischen aber geht einiges. Der amerikanische Sozialstaat ist klein, der schwedische groß. Die französische Wirtschaft wird vom Staat gelenkt, die der Schweiz nicht. Reich sind alle vier Länder.

**»Wir stehen in einem weltweiten Wettbewerb um die klügsten Köpfe, unsere Steuern und Abgaben sind zu hoch. Dieses Problem müssen wir angehen. Es wäre ein großer Fehler, die Schuldenbremse auszuhebeln.«**

—Stefan Kooths, Institut für Weltwirtschaft, Kie

Eine wirtschaftswissenschaftliche Tagung ist heutzutage eine diverse Angelegenheit. Auf einem Panel erläutert jemand die Vorzüge der Regensburger Bratwurst, die es schon seit 500 Jahren gebe ("länger als unseren Verein"), in der Kaffeepause beschwert sich jemand, dass in der Mensa heute Schweineschnitzel auf der Karte steht. Die Veranstalter haben einen Workshop für Frauen organisiert, eine Happy Hour für "LGTBQ+-Ökonomen", ein Panel zum Thema sexuelle Belästigung an Universitäten. Die Bundesbank hat einen Stand aufgebaut, das Bundesfinanzministerium ebenfalls.

Am Montagabend schaut Christian Lindner, der Finanzminister, selbst vorbei, um eine Rede

Z+

## Exklusiv für Abonnenten

**Handyverbot an Schulen**

**Große Pause fürs Smartphone**

[<https://www.zeit.de/zeit-magazin/familie/2023-10/handy-verbot-schulen-uk-unterricht-lehrer>]

**Christian Drosten**

**"Covid ist für die meisten Menschen jetzt wie eine Erkältung"**

[<https://www.zeit.de/2023/42/christian-drosten-virologe-corona-varianten-mrna>]

**Kürbis-Zimtschnecken**

**Die schmecken, die Schnecken**

[<https://www.zeit.de/zeit-magazin/wochenmarkt/2023-09/kuerbis-zimtschnecken-rezept-wochenmarkt>]

Mehr Abotexte → [<https://www.zeit.de/exklusive-zeit-artikel>]

zu halten. Er war in der Gegend, weil in Bayern gerade Wahlkampf ist. Die Politik sei auf den Austausch mit der Wissenschaft angewiesen, sagt Lindner. Allerdings könnten nicht immer alle Forderungen umgesetzt werden. "Und manche widersprechen sich auch." Entscheiden muss er trotzdem.